

Dialog unter früheren FDJ-Gefährten

Thomas Steidel, von 1985-1989 2. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Gera, schrieb Eberhard Aurich, von 1983-1989 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, zu dessen Buch ZUSAMMENBRUCH einen Brief – hier der Brief und die Antworten darauf

Lieber Eberhard,

Mein Name ist Thomas Steidel. Ich bin Jahrgang 1953 und komme aus Gera. Seit dem Besuch der Sonderschule des Zentralrats in Weimar 1975 habe ich als hauptamtlicher FDJ-Funktionär in der FDJ-Kreisleitung Gera und später in der FDJ-Bezirksleitung Gera gearbeitet. Als 27-jähriger Absolvent der Parteihochschule in Berlin übernahm ich 1980 - 1985 die Funktion des 1. Sekretärs der FDJ-Kreisleitung Gera. Zu den besonderen Höhepunkten in dieser Zeit zählten für mich Jugendtreffen, die Arbeiterfestspiele in der Bezirksstadt Gera und eine Berichterstattung des von mir geleiteten Sekretariates der Kreisleitung der FDJ Gera vor dem Büro des Zentralrates der FDJ. Von 1985 bis 1989 bekleidete ich die Funktion des 2. Bezirkssekretärs der Bezirksleitung Gera.

Nachdem ich schon Publikationen von dir zur Jugendpolitik über die Veröffentlichungen auf deiner Webseite gelesen habe, war ich sehr gespannt auf dein Buch „ZUSAMMENBRUCH“. Die inhaltliche Nachbereitung unseres FDJ-Lebens und der Verbandsarbeit sowie die Sicht meines ehemaligen „FDJ-Chefs“ auf die Jugendpolitik interessierten mich sehr. Zu meinen Freunden zähle ich seit einigen Jahren auch Wilfried Poßner, dessen Bücher ich ebenso mit großem Interesse aufgenommen habe, wie die Biographie von Hartmut König.

Ja, dein „ZUSAMMENBRUCH“ ist eine sehr spannende, interessante und inspirierende Lektüre, die meinen Nerv getroffen hat.

Mit dem Buch wollte ich zunächst meine Erinnerungen an den Herbst 1989 dokumentieren. Und es bewegte mich die Frage, warum unsere Gesellschaft unterging, ob wir eine Chance gehabt hätten, ihren Zusammenbruch zu verhindern und ihr eine neue Perspektive zu geben. Je mehr ich mich mit diesen Gründen beschäftigte, desto mehr begriff ich, dass wir an einer Gesellschaft bauten, die vielleicht zeitweise das Leben der Menschen verbesserte, aber nicht auf Dauer das auch von mir gewünschte Glück für alle bedeutete. Noch als FDJ-Funktionär geißelte ich hin und wieder den bürgerlichen Individualismus, ohne zu verstehen, dass es das Bestreben jedes einzelnen Menschen ist, frei und selbstbestimmt zu handeln, was er im Kapitalismus selbstverständlich auch nur bedingt kann. Was wollten wir? Eine Assoziation, in der der die Freiheit des einzelnen die Bedingung für die Freiheit aller ist. Meinten wir das wirklich ernst? Und was verstanden wir unter Freiheit des einzelnen? Letztlich die Einsicht in die Notwendigkeit, individuell sich doch nicht so frei entwickeln zu können wie gewünscht, sondern sich nach den Vorgaben der Partei zu richten. Und das führte mich von unseren Konzeptionen (Parteiprogramm 1976) wieder zurück bis Lenin und Marx und Engels.

Gleichzeitig hat sie mich inspiriert, mich mit der Materie noch einmal tiefgründiger zu beschäftigen, dir zu einigen Dingen meine Meinung und meine Erkenntnisse mitzuteilen. Auch ich bin nicht der Wissenschaftler in Sachen Jugendpolitik und Sozialismus. Aber mir zu deinem Buch eine gründliche Meinung zu bilden, hat mir nebenbei auch großen Spaß gemacht. Sieh bitte die folgenden Zeilen nicht als Lobhuderei oder vielleicht auch als Besserwisseri an. Vielfach interpretiert man sowohl Erlebtes als auch Gelesenes anders als andere. Da sind halt eigene Emotionen, Gedanken, Erfahrungen, Wünsche und Träume im Spiel.



Ich finde es gut, dass du dir so gründlich Gedanken gemacht hast. Dein Brief ist der bislang substanziellste, der sich auch mit dem Teil des Buches beschäftigt, wo ich meine Gründe beschreibe, warum es zum Zusammenbruch kam.

Viele sind so identisch mit denen, die du in Deinem Prolog beschreibst. Ich fühlte mich beim Lesen so stark als „Bruder im Geist“, dass ich unweigerlich an die kürzlich gelesene Feststellung der russischen Literaturnobelpreisträgerin S. Alexijewitsch erinnert wurde. Sie schreibt: „Der Kommunismus hatte einen aberwitzigen Plan – den „alten“ Menschen umzumodeln, den alten Adam. Und das ist gelungen..., es ist vielleicht das Einzige das gelungen ist. ...Man erkennt uns auf Anhieb! Wir alle, die Menschen aus dem Sozialismus, ähneln einander und sind anders als andere Menschen – wir haben unsere eigenen Begriffe, unsere eigenen Vorstellungen von Gut und Böse, von Helden und Märtyrern.“

Dies hat mit einer nostalgischen Sicht auf unser Leben vor der Wende nicht zu tun.

Das stimmt ja nicht, der alte Adam wurde nicht umgemodelt. Che's neuen Menschen gab es nur vereinzelt. Auch nicht alle Kommunisten waren fortschrittlich und uneigennützig für die Gemeinschaft tätig. Es stimmt, wir haben alle eine Lebenserfahrung hinter uns, die andere im Westen nicht haben. Wir haben den Sozialismus als System kennengelernt. Wie die Rückschau dabei bei jedem einzelnen aussieht, mag unterschiedlich sein, bei dem einen überwiegt Positives, beim anderen nur Negatives. Ob wir alle einander ähneln, wage ich zu bezweifeln. Schon die im Sozialismus geborene Jugend verhielt sich anders und dachte anders. In meinem Buch schreibe ich, dass ich mich für nichts entschuldigen muss. Ich habe ehrlich und aufrichtig für eine sozialistische Gesellschaft gearbeitet. Ich war gläubig und diszipliniert, allerdings hielt sich mein absoluter Fanatismus in Grenzen, ich bemühte mich immer, auch die Probleme und Konflikte zu sehen.

Die „Einschätzung der politischen Lage“ ist zwar die typische FDJ-SED- Vorlage mit den von uns FDJ-Funktionären zur Entschärfung der Brisanz immer gern genutzten „überwiegend gut, aber“-Floskeln, dennoch ist sie m.E. eine sehr genaue, ausgewogene, ehrliche und sehr kluge Einschätzung. Großes Kompliment den Verfassern. Diesem Inhalt kann ich inhaltlich aus den Erfahrungen und Kenntnissen meiner eigenen langjährigen FDJ-Arbeit nur zustimmen. Das darin Angesprochene ist nicht nur den Vorgängen um den 40. Republik-Geburtstag zuzuschreiben und anzulasten, sondern hatte sich latent in den Vorjahren entwickelt und gezeigt.

Es war nur dringend nötig, auch endlich mal so angesprochen zu werden. Leider kam sie spät, zu spät und fand bei den Entscheidern taube Ohren sowie blinde Augen. Am Schicksal auch dieser Vorlage wird ersichtlich, wie richtig Erkanntes wirkungslos bleibt, wenn eine unfähige Führungsriege nicht in der Lage ist, notwendige Entscheidungen zu treffen. So konnten sich Fehlentwicklungen mit verheerenden Folgen verfestigen.

Bei aller Suche nach objektiven Ursachen, subjektiven Fehlern, mangelnden Konzepten und erneuerungsbedürftigen Maßnahmen liegt für mich rückblickend der Hauptfehler unseres Wirkens unter der Jugend; wir waren zu oft Interessenvertreter der Partei, unserer Partei, zu wenig vor allem der der jungen Leute. Die verpassten Chancen und ungehörten Hinweise machen mich im Nachhinein betroffen, denn auch ich war „mit Leib und Seele“ FDJ-Funktionär.

Diese ehrliche Analyse, im September 1989 erarbeitet, ist für mich der Beleg dafür, dass wir nur begrenzt Veränderungen bewirken konnten. Sie wurde bekanntlich von Erich Honecker als größter Angriff der FDJ auf die Parteiführung seit 1949 bewertet. Was diese Einschätzung nicht leistete, habe ich auf S. 178 aus heutiger Sicht angemerkt. Es war ein Text im alten Ritual, aber auch der galt schon als parteifeindlich. War das schon zu viel Wahrheit?

Mit kulturellen Veranstaltungen, Jugendclubs, Festivals und Jugendtourist konnten wir punkten, aber beim Beseitigen konkreter Hemmnisse und der Durchsetzung von berechtigten Forderungen im persönlichen und kollektiven Bereich blieben wir oftmals formal und wirkungslos. Zu oft ließen wir Funktionäre uns von Vorgesetzten und Leitungen beschwichtigen und disziplinieren. Du hast selbst solche Fragen wie Arbeits- und Lebensbedingungen, wirkliche Mitsprache und Entscheidung im Betrieb, den Ausbildungsstätten, in den Wohngebieten angesprochen. Gerade die ungenügende Wirksamkeit unserer FDJ-Abgeordneten mit den sehr eingeschränkten Möglichkeiten der Einflussnahme und Kompetenzen war hier kennzeichnend. Personell waren sie oft gegenüber Wahlfunktionen im Verband die zweite Wahl. Hier muss ich mir auch selbst sehr kritisch eigene Fehler und Versäumnisse anrechnen.

Was mich rückwirkend sehr beschämt, ist die Tatsache, wie unkritisch wir auch Hinweise von Älteren aufgenommen haben, dass unsere Organisationsstrukturen und -formen in Bild, Habitus und Ritualen sehr denen der Hitlerjugend ähnelte. Wir haben offensichtlich zu lange geglaubt, in diesen Organisationsformen und

-methoden die besten Möglichkeiten für ideologische Arbeit (Indoktrination) zu haben und mit einheitlicher Uniformierung Geschlossenheit zu fördern. Individualität war so oft verpönt und suspekt, Freiwilligkeit wurde dem „kollektiven und öffentlichem Zwang“ geopfert.

Ich habe leider nie solche Hinweise von Älteren im Hinblick auf den Vergleich mit der Hitlerjugend bekommen. Ich war der festen Überzeugung, wir vertreten einen anderen Inhalt und sind nicht verwechselbar. Ich habe zum Beispiel erst jüngst erfahren, dass es auch bei der Hitlerjugend eine Junge Welt gab. Ansonsten habe ich unser historisches Dilemma im Buch beschrieben. Ich hielt es für richtig, dass auch Mitglieder der Hitlerjugend FDJler werden konnten, jedoch nicht die hauptamtlichen Funktionäre. Es gab bei uns antifaschistische Erziehung (vor allem anhand der Biografien der Widerstandskämpfer), aber kaum geistige Auseinandersetzung mit der Nazi-Ideologie. Wir verurteilten den Westen, wo alte Nazis wieder Ämter hatten. Manches überlebte eben doch auch bei uns, nur verdrängen oder verschweigen ist eben zu wenig.

Das von dir angesprochene Unvermögen mit anderen Lebensauffassungen und Lebensstilen umzugehen, hat mich auch an meine Unsicherheit erinnert, die ich oftmals bei Gesprächen mit jungen Künstlern, kirchlich oder alternativ orientierten Jugendlichen gespürt habe. Zu mehr als dem Eingeständnis, dass ein tieferes Beschäftigen mit Fragen und Fakten der Kunst, der Religion und alternativen Lebensformen vielleicht zu einem interessanteren Austausch geführt hätte, kam es leider nicht. Man war froh mit „Fachleuten“ an der Seite die Veranstaltung „über die Runden“ bekommen zu haben.

Insofern war wirklich unsere politisch-ideologische Einengung, „Helfer und Kampfesreserve der Partei“ und „Thälmannsche Junge Garde“ zu sein, ebenso katastrophal wie die „selbstverständliche“ Übernahme von Strukturen und Arbeitsmethoden der Partei in unseren Leitungen und Sekretariaten. Vielleicht glaubten wir auch, mit diesem „Kopieren“ am besten vorbereitet zu sein, spätere Verantwortung in Funktionen der Partei zu übernehmen. Wie nah der „Thälmannsche Geist“ am Stalinismus war, habe ich damals überhaupt nicht bedacht, vielleicht auch nicht denken können. Gleichzeitig zeigt es aber auch, wie wir FDJ-Funktionäre „das Helfer-und-Kampfesreserve-sein“, selbst tief verinnerlicht und gelebt haben.

Als zur Feier zum 70. Jahrestag der FDJ Heinz Keßler, einer ihrer Mitbegründer, immer noch dröhnte, dass die FDJ als Jugendorganisation für alle Jugendlichen parteiübergreifend gegründet wurde und sich die FDJ immer dieser Gründungsidee treu geblieben sei, habe ich öffentlich widersprochen. Einer unserer größten Fehler war, dass wir nach 1976 glaubten unsere Hauptaufgabe darin zu sehen, die Jugend jetzt kommunistisch erziehen zu können und zu müssen. Dieser Parteitag und das dort beschlossene Parteiprogramm waren der größte strategische Fehler der Partei. Ohne es so zu nennen, war das die Hinwendung zum Stalinismus, zum sowjetischen Modell. Man kann über die Ideen von Ulbricht u.a. vorher denken wie man will, aber da war wenigstens noch ein Hauch von schöpferischer Idee für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft unter DDR-Bedingungen. Unter dem Druck der KPdSU wurden alle „deutschen Wege zum Sozialismus“ mehrfach abgewürgt. Deshalb habe ich die 1982 erschienene Geschichte der FDJ nochmals durchgearbeitet, nachdem ich 1988 schon einen Nachdruck nicht erlaubt hatte, und den Versuch unternommen, sie realistischer in ihren Widersprüchen zu erfassen. Und es war doch kein Zufall, dass wir im Zentralrat 1989 die Idee von einer „neuen FDJ“ hatten, die die Führung durch die Partei akzeptiert, aber nicht mehr Helfer und Kampfesreserve ist (siehe meine Rede am 9.11. vor dem ZK).

Sekretariatsaufwandsentschädigungen, kleine Privilegien (Protokoll- und andere Veranstaltungen, Reisen ins NSW) und die Aussicht auf Karriere im Partei- und Staatsapparat waren schöne Belohnungen aber auch Ansätze von Korruption, die auch ich erst zur Wendezeit erfasste.

Sie veranlassten uns auch, für Referate, dem Studium von Vorlagen oder dem Besuch von Veranstaltungen auf die notwendige Zeit mit Partnern, Kinder und Freunden zu verzichten. Wir wähten uns mit der der Priorität und Wichtigkeit unseres beruflichen Tuns im Recht. Das hat auch zum Verlust von Beziehungen zu lieben Menschen an unserer Seite geführt, die mit dieser Lebensführung nicht klar kamen.

Es glaubt mir zwar kaum jemand, aber Karriereabsichten hatte ich nie. Das ZDF fragte mich gestern auch in diese Richtung. Ich entschied mich 1969, hauptamtlicher FDJ-Funktionär statt Lehrer zu werden. Alle späteren Funktionen wurden mir angetragen, darauf habe ich weder spekuliert noch mich dafür beworben. Auch habe ich nie darüber nachgedacht, was ich nach meiner FDJ-Zeit tun werde. Und über meine Privilegien habe ich im Buch offen geschrieben, auch über mein Gehalt. Das größte Privileg war, von früh bis spät und an den Wochenenden zu arbeiten. Das ging oft gegen die Familie, die dafür auch nicht immer das notwendige Verständnis aufbrachte. Für uns „Berufsrevolutionäre“ galt eine andere Arbeitsmoral, die sich heute kaum jemand vorstellen kann. Und Auslandsreisen waren vor allem Arbeit

und anstrengend, nur selten gab es da auch mal touristische oder kulturelle Erlebnisse. Wenn es solche doch mit der Familie in der Sowjetunion, der Mongolei oder Ungarn mal gab, dann war das nicht mehr als ein Ausgleich für sonstige Entbehrungen.

Deiner Zusammenfassung der inhaltlichen Prämissen der FDJ stimme ich dir in Bezug auf die Manipulation und Lügen zu. Als engagierter Absolvent der Parteihochschule „Karl Marx“ haben mich die spät geschlossenen Wissenslücken sehr betroffen und auch wütend gemacht. Und dennoch haben wir einiges geahnt, im engsten Kreis von Gleichgesinnten angesprochen, aber auch immer wieder verdrängt.

Für meine Entwicklung und meinem Weg war das Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin prägend.

Ich habe nur ML an der Pädagogischen Hochschule zur Ausbildung als Staatsbürgerkundelehrer studiert. Partei- oder Komsomolhochschule habe ich nicht absolviert.

Das erstmalige gründliche Lesen und Erfassen der inhaltlichen Aussagen des „Manifest“ während der 3 Monate an der Sonderschule des ZR der FDJ in Weimar war mein „Erweckungserlebnis“ als hauptamtlichen FDJ-Funktionär (Berufsrevolutionär). In Verbindung mit den später vertiefenden Erkenntnissen aus dem Studium weiterer Werke von Marx, Engels und Lenin hat mich dieses Werk, insbesondere die Vision politisch doch sehr stark motiviert und überzeugt.

Schade, dass dieses Dokument immer wieder auch als Alibi oder Anklage für alle Entartungen und Fehlleistungen von kommunistischen/sozialistischen Parteien und ihren „Führern“ herhalten muss.

Heute begreife ich es vor allem als Vision und Kampfschrift des Bundes der Kommunisten in Erwartung der sich ankündigenden Revolutionen (1848). Schon 1872 wiesen Marx und Engels in einem Vorwort zur Ausgabe auf zwischenzeitliche Veränderung der Situation hin, die zur Präzisierung inhaltlicher Aussagen Anlass gäben. Gleichzeitig betonten sie: „Das Manifest ist ein geschichtliches Dokument, an dem zu ändern wir uns nicht mehr das Recht zuschreiben“.

Damals habe ich dieses Vorwort nicht so beachtet und so die Aussagen als Richtschnur aktuellen parteilichen Handelns angesehen. Dass diese mit zunehmender gesellschaftlicher Entwicklung immer unbrauchbarer wurde, habe ich sehr spät erkannt. Dennoch verteidige ich die Richtigkeit der geführten Kritik der kapitalistischen Gesellschaft. An deren freiwillige Reformierbarkeit zu einer humaneren und gerechten Gesellschaft habe ich erhebliche Zweifel.

Deine Kritik zur Sinnhaftigkeit der wiederholten Studien des Manifests im Rahmen des FDJ Studienjahres teile ich. Verlor sich dies doch oft in Oberflächlichkeit, Phrasendrescherei und Populismus. Doch wir alle haben es ohne Widerspruch hingenommen.

Wir folgten ja noch dem Hinweis Honeckers 1988, zur Festigung des Klassenstandpunktes wieder das Manifest zu studieren.

Zum wirklich nützlichen Austausch über weltanschauliche Tiefe, der Möglichkeit der gründlichen Auseinandersetzung mit streitbaren Inhalten und einem konstruktiven kritischen Diskurs zu politischen Tagesfragen (Diktatur des Proletariats, PK - Entwicklung, Bündnispolitik, Rolle des Staates, führende Rolle der Partei) kam es selten.

Stalin hat das Konstrukt Marxismus-Leninismus geschaffen. Da war ein gründliches Studium der Originalwerke nur noch in Auszügen vorgesehen. Was wäre das evtl. für eine Quelle von Gedanken und Ideen gewesen, die nicht in das jeweilige Parteidogma passten? Ich verstehe zwar manche „linken“ Idealisten auch kaum, aber sie hielten unseren Weg auch für zu dogmatisch und engstirnig oder zu „real“. Aber eine Gesellschaft lässt sich vielleicht nicht nur nach Idealen und anarchistisch organisieren. Zu unterschiedlich können Interessen sein oder die äußeren Bedingungen.

In diesen Scheindebatten zur „Festigung des Klassenstandpunktes“ und dem permanenten Versuch, „Fehlerdiskussionen“ möglichst nicht zuzulassen, wurde der Diskussion zur gründlicheren Erläuterung von gesellschaftlichen Prozessen und Problemen ungenügend Raum gelassen. Auftretende Mängel und Probleme wurden zwar genannt, oft aber als korrigierbare, partielle Fehler von einzelnen Verantwortlichen dargestellt. Über wirkliche strukturelle, politische oder systemische Hintergründe sowie den Ernst der Lage wurden weder wir noch das Verbandsaktiv kaum informiert.

So tief haben wir auch im Zentralrat nicht gedacht.

So verbreiteten wir Optimismus oder hinterließen oft Ratlosigkeit. Gleichzeitig wähten wir uns bei Gesprächen im engeren Funktionärskreis als fähig, die von uns erkannten Mängel und Fehler in künftigen Funktionen besser mit abstellen zu können.

Wie naiv und gleichzeitig arrogant in der vorausgedachten Karriereleiter.

Bei mir war das anders. Ich wollte nicht alles anders machen, obwohl ich mit dem Stil meines Vorgängers nicht immer einverstanden war. Mein Vorgänger war aber jetzt auch mein Vorgesetzter, der natürlich argwöhnisch darauf achtete, dass nichts aus dem Ruder lief. Und die FDJ hatte einen historischen Gott: Honecker. Nichts durfte geschehen, was ihm hätte missfallen können. Ich wollte aber realistisch die Lage einschätzen, was auch immer wir da glaubten zu erkennen. Ich habe eine Unzahl auch kritische Wertungen an die Parteiführung geschickt. Einige bekam ich zurück mit der Bemerkung, mich um die Unklarheiten selbst zu kümmern.

Die gravierenden Versäumnisse in der politischen Führung des Landes, die Agonie und die äußerste Angespanntheit der wirtschaftlich-politischen Lage blieb uns so lange Zeit verborgen. Selbst der Milliardenkredit wurde als gelungener Deal der Parteiführung angesehen. Über das Ausmaß von Opportunismus, Intrige und den Fraktionskämpfen in der Parteiführung, wie man es in den Veröffentlichungen z.B. von Krenz und Mittag liest, war ich erschüttert.

In deinem Buch nimmst du sehr kritisch zur Rolle und Wirkungen der verabschiedeten Jugendgesetz Stellung. Ich sehe es nicht so wie du, dass die Jugendgesetzte vordergründig nur einen propagandistischen Zweck haben sollten. Ich glaube schon, dass da die ehrliche Absicht verbunden war, Bedingungen zu schaffen, um die Jugend noch enger mit ihrem Staat zu verbinden. Leider wurden die Gesetze aber nur in dem Rahmen unterstützt und umgesetzt, wie die berechtigten Wünsche und Forderungen der Jugend auch den Ansichten und Interessen der Partei entsprachen. Der mögliche Ansatz mit Ulbrichts „sozialistischer Menschengemeinschaft“ auch ideologisch noch ungefestigte oder politisch nicht organisierte Jugendliche stärker einzubeziehen, hat sich nicht erfüllt und geriet aus dem Blickfeld.

Ich habe als Mitarbeiter des Zentralrats an der Diskussion zum Jugendgesetz 1974 aktiv teilgenommen. Ja, es stimmt, da lagen eigentlich ehrliche Absichten zugrunde. Wolfgang Herger war damals der Koordinator im Zentralrat. Beschlossen wurde es 1974, womit das kaum 10 Jahre alte von 1963 wieder außer Kraft gesetzt wurde. Warum nach 10 Jahren schon wieder ein neues Gesetz? Und welche Rolle hat es denn gespielt? Defacto eine geringe, wenn es natürlich auch positive staatliche Maßnahmen gab: Reko Jugendherbergen, Bau von Jugendklubs, Reisen, Neubauten in Pionierlagern, MMM. Aber Mitsprache war nur begrenzt gewünscht und zu viel Materielles durften wir auch nicht fordern (siehe unsere Vorlage). Erst 1989 besannen wir uns wieder darauf und schlugen vor, ein neues Gesetz zu erarbeiten, auf dessen Grundlage tatsächlich die Interessen der Jugendlichen vertreten werden konnten. Zu dem kam es aber nicht mehr.

So erlebte man die beliebten Jugendtreffen, die Eröffnung neuer Jugendklubs, die Verbesserungen in Jugendherbergen und Pionierlagern zwar als Höhepunkte im Verbandsleben, aber auch immer wieder mit den notwendigen (oftmals peinlichen) Huldigungen, Dankbarkeitsbekundungen an die Partei. Im Gegenzug neue Erwartungen an mehr Fleiß, politische Zuverlässigkeit und die obligatorischen neuen Initiativen.

Da wurde auch das Prinzip der Freiwilligkeit immer wieder mit neuen Zielvorgaben von oben, oftmals mit Druck auf zahlenmäßige Entwicklung und unbedingten Erfolgsmeldungen konterkariert. Um unseren Anteil als FDJ bei den vielen Arbeitsgruppen zu den diversen FDJ-Initiativen zu sichern, setzten wir vielfach einzelne Funktionäre und Leitungen unter Druck. Dadurch nahmen wir ihnen so die Freude an der wirklichen Verbandsarbeit und der Entwicklung kreativer eigener Initiativen. Aktive FDJ-Mitglieder, die im Ergebnis vieler Gespräche dann doch Ihre Bereitschaft zur Delegation an die verschiedensten externen FDJ-Objekte gaben, hinterließen oft spürbare Lücken in ihren Grundorganisationen und im FDJ-Aktiv. Besonders sichtbar wurde das bei der kadermäßigen Sicherung der Initiativen zur Erdgastrasse, der FDJ-Initiative Berlin, Gesunder Wald und bei der Gewinnung des militärischen Nachwuchses.

Ich habe die zahlenmäßigen Vorgaben gehasst und auch später diese weitgehend vermieden. Ich habe auch nie die Arbeit von FDJ-Leitungen anhand von Statistiken beurteilt.

Beschämt hat es mich immer, wenn das Verbandsaktiv und insbesondere Schüler und Lehrling als „Kulisse“ oder „Teilnehmerreserve“ unattraktiver oder spontan anberaumter politischer Veranstaltungen der Partei und des Jugendverbandes erhalten mussten, zum Mitführen von Trageelementen „vergattert“ wurden oder zum Skandieren politischer Parolen angehalten wurden. Trotzdem habe ich es geduldet und bin nicht dagegen eingeschritten. Dieses „Trommeln“ für Veranstaltungen mit gleichförmigen Abläufen, wiederkehrenden formalen Ritualen und plakativen inhaltlichen Aussagen, haben der Autorität der Leitungen der FDJ gegenüber den Mitgliedern geschadet und den Mobilisierungsaufwand ständig erhöht.

Ich schreibe im Buch darüber, wie ich darüber gedacht habe. Aber als ich meine Position Partei- und FDJ-Funktionären erläuterte, fand ich leider wenig Verständnis.

Den von dir aufgezeigten Generationskonflikt, der vor allem in seiner kulturellen Komponente immer wieder Stoff für Diskussionen bot, habe ich oftmals und in erster Linie als einen Konflikt mit Parteileitungen, staatlichen Instanzen und Vorgesetzten wahrgenommen. Und zwar dann, wenn im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Aktivitäten massiv reguliert, vorgeschrieben oder sogar verboten wurde. So war ich z.B. sehr stolz darauf, dass entgegen vieler Vorbehalte von Funktionsträgern in der Bar des Geraer Interhotels eine regelmäßige Jugendtanzveranstaltung durchgeführt werden konnte und der Ticketverkauf über die FDJ lief. Dies hat der FDJ viel Anerkennung beigebracht.

Natürlich darf man unsere FDJ-Initiativen zur Entwicklung des Jugendlebens nicht geringerschätzen. Ich denke an die Singebewegung, DDR-Rockmusik, Jugendklubs, Feriengestaltung, Festivals – DT64, 1199, Bälle im Palast der Republik u.a. Ich habe jüngst einen Beitrag über meine Pionierlagererlebnisse einem Buch beige-steuert. Dazu findet Ende August eine öffentliche Lesung statt.

Ansonsten habe ich aber auch immer wieder erlebt, wie sich junge Leute achtungs- und respektvoll zur Lebensleistung der Aufbaugeneration, den Mut von Antifaschisten und zu Arbeitsleistungen vieler ihrer älteren Arbeitskollegen geäußert haben.

Die Tatsache aber, bei öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere bei Jugendforen, Jugendstunden und im Studienjahr mitzuerleben, wie viele von diesen Vorbildern nicht mehr fähig waren, interessant, lebensnah und inspirierend mit ihnen zu kommunizieren, hat auch viel Enttäuschung und Frustration hervorgerufen. Dass dies auch bei Diskussionen mit verantwortlichen Funktionsträgern (bis hin zur Regierung und des Politbüros) auftrat, hat zu besonders großer Enttäuschung geführt. So gerieten manche Jugendforen und auch Jugendstunden zu Veranstaltungen zum Fremdschämen.

Und dennoch, haben wir mit daran mitgewirkt, dass manches bleibt- als schöne persönliche Erinnerung oder positiver Vermerk in späteren Geschichtsbüchern (hoffentlich!)

Sehr wahr!

Wir waren aktiv daran beteiligt, dass Kinder und Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern eine gute Bildung und Ausbildung bekamen, die meisten ohne soziale Ängste ihre Berufe ausüben konnten, ihnen vielfältige Freizeitangebote zur Verfügung standen und ihre Talente oftmals gut gefördert wurden. Und dass das alles auch in einem zwar heftig umkämpften, aber friedlichen Umfeld passieren konnte, auch daran hat unsere FDJ einen nicht geringen Anteil. Welche deutsche Jugendorganisation kann das von sich schon behaupten. Ich hatte die Sache mit dem Tanz im Interhotel erwähnt. Dies sind so die kleinen Sachen, die dich ein Leben begleiten. Sie zaubern einem beim Rückerinnern ein Lächeln ins Gesicht und erwärmen einem das Herz; ebenso, wenn ein ehemaliger Mitkämpfer oder auch ein FDJler der früheren Tage mit dem Satz beginnt: „Weißt du noch...“. Kleine Dinge, winzige Momente DDR und FDJ, die mir keiner nehmen kann.

Ich habe in meinem Buch da auch einiges aufgezählt und in einem Kapitel eine Befragung gemacht, die deine Gedanken bestätigt.

Bei allem Frust über die verpassten Chancen, den Ärger über die gegangenen Irrwege - wir hatten einen anspruchsvollen Beruf und auch eine (überwiegend) schöne Zeit.

Ich stimme dir zu. Ich persönlich hatte auch kein Problem mit dem bescheidenen DDR-Leben. Und von manchen Vorgängen hatten wir keine Ahnung (zum Beispiel Umgang mit Ausreisanträgen oder Umgang mit bestimmten Jugendgruppen seitens des MfS). Dass ich einen kleinen Beitrag zur rechtlichen Gleichstellung Homosexueller leisten konnte, macht mich froh. Dass unsere Rockkonzerte von 1988 in bester Erinnerung sind, darauf bin ich stolz. Voriges Jahr hatte ich ein Treffen mit Funktionären westdeutscher Jugendorganisationen. Auch sie erinnern sich gern an gemeinsames Tun, zum Beispiel die Aktionen gegen die Raketenstationierung, die Vorbereitung von Weltfestspielen.

Was mich aber am meisten in deinem Buch bewegt, ist deine Feststellung, dass du glaubst, dass der Sozialismus eine Utopie bleibt und trotz heroischer Zielstellungen und Bemühungen der Sozialismus „als System“ zum historischen Untergang führen musste.

Nur eine Utopie? Das sehe ich nicht so. Was wäre das für eine triste Perspektive.

Meine Sicht auf die Welt bestärken mich darin, dass es ohne die von Marx/ Engels angerissene Gesellschaftsform einer vergesellschafteten Produktion (im Sinne ihrer gesamtgesellschaftlichen Bestimmung)

und damit möglichen gerechteren Verteilung auch keine Lösung der menschlichen und globalen Probleme geben wird.

Ich gebe zu, dass dies eine radikale Sicht von mir ist. Dementsprechend wird auch oft von Freunden widersprochen. Meine Sicht ist zunächst auch ein Reflex auf andere Begriffe und Bewertungen: Ich denke hier an „Stalinismus“, „Entartung“, „erster Versuch“, mit dem unser Tun historisch relativiert werden soll. Deshalb habe ich auch Kosing, dessen Analyse ich sehr schätze, widersprochen. Aber es gibt auch weniger ernsthafte Beschreibungen, die etwas lässig mit der Niederlage umgehen. Hartmut König benennt sein ansonsten interessantes Buch „Warten wir die Zukunft ab“, als ob wir mit unseren Systemlösungen doch noch recht behalten werden. Auch Brie und Klein beschreiben postkapitalistische sozialistische Ideen. Wir können ja alle träumen, aber wir kommen doch um einige Wahrheiten nicht herum: Sozialismus nach unseren Vorstellungen bedeutete Vergesellschaftung des Privateigentums an PM, da beginnt ja schon der Streit: Welches, was sollte möglich bleiben usw. Wer verwaltet dieses vergesellschaftete Kapital? Was ist soziale Gerechtigkeit im Sozialismus? Wie wird regiert? Einige, die mir widersprechen verweisen auf China, Vietnam. Möchten wir so regiert werden? Ist dort Sozialismus oder Kapitalismus? Keine Frage, dort sind viele aus der Armut befreit, aber ein Modell für eine sozialistische Gesellschaft? Ich habe zu einem Buch „Artgerechte Gesellschaft“ meine Meinung geschrieben. Ich glaube auch nicht daran, dass der jetzige Kapitalismus freiwillig sich ändert, aber um einige Probleme kommt er nicht herum, die im Interesse des Allgemeinwohls gelöst werden müssen. Die Corona-Krise macht auf etliches aufmerksam: Gesundheitswesen nicht profitorientiert, Regularien und Eingriffsmöglichkeiten des demokratischen Staates, Klimakrise, demografische Entwicklung. Bei all diesen Themen bedarf es ständig kluger Vorschläge, die im Interesse des Gemeinwohls demokratisch mehrheitsfähig sind. Und manchmal helfen dabei auch Katastrophen. Das Modell Tönnies wird wohl nicht mehr durchzuhalten sein. Dieser Kapitalist kann damit auch nicht überleben. Wenn aber die Grünen sagen, dass dies über den Fleischpreis geregelt werden muss, dann zäumen sie das Pferd vom Schwanz auf. Nein, die Produktionsbedingungen und die Strukturen müssen per staatlichen Eingriff reguliert werden, was zu höheren Preisen führen kann. Sagen wir es so: Ich denke eher historisch betrachtet „sozialdemokratisch“, nicht „revolutionär“. Wir kommen nicht darum herum, das Ergebnis unserer Revolution kritisch zu betrachten. Und gesetzmäßig gibt es keinen Sozialismus, allenfalls evolutionäre Veränderungen. Da spielen die sozialistischen Ideen durchaus eine Rolle. Das Ergebnis seit 1848: Den Menschen geht es heute besser als zu Zeiten von Marx und Engels, ihnen geht es besser als in der SU und in der DDR, bei allen Widersprüchen und ungelösten Konflikten. Nur ein Beispiel: Das deutsche Sozialversicherungssystem hat die Arbeiterbewegung erkämpft, aber der kaisertreue Bismarck eingeführt. Es lebt bis heute.

Vielmehr befürchte ich sonst eine Entwicklung, die zum Abbau demokratischer Rechte, ungenügender Teilhabe, fürchterlichen Repressalien, partiellen Kriegen sowie schlimmen ökologischen und sozialen Katastrophen führt. Insofern stimmen mich auch aktuelle Entwicklungen im Land, aber auch im Zusammenhang mit der Globalisierung und der damit verbundenen Vermögens- und Machtkonzentration bedenklich. Sie machen mich aber auch zuversichtlich, dass so viel Irrsinn keine dauerhafte Zukunft haben kann.

Ich war mehrfach in Korea und einmal auch in China. Keine Frage, ich bewundere, dass die Chinesen solche Entwicklung genommen haben. Aber kann das für uns ein Modell sozialistischer Entwicklung sein. In Vietnam sind die größten Immobilienbesitzer die KP und einige Funktionäre. Die Gefahr des Abbaus demokratischer Rechte droht nicht nur von rechts, die Überwachung des Verhaltens der Menschen gelingt sog. komm. Parteien momentan sogar besser. Das möchte ich aber nicht.

Ist die Frage so abwegig, dass sich die nächste Chance (leider) vielleicht wieder erst nach einer Katastrophe ergeben wird?

Deshalb bin auch bei A. Kosing und glaube an die Idee eines Sozialismus /Kommunismus. Welche tolle Vision für die Menschheit – „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“

Was heißt das aber konkret?

Dieses Credo ist bei allen Versuchen, den Sozialismus zu gestalten, als Ziel des gesellschaftlichen und toleranten Zusammenlebens wirklich missachtet und permanent aus dem Blick geraten.

Und doch ist es das, was diese Gesellschaft so erstrebenswert macht und was bisherige Systeme nicht leisten konnten und können.

Wie stellst du dir einen neuen Versuch vor? Wer soll ihn initiieren? Wer soll wie regieren?

Ja, bisher hat der Kapitalismus in den entwickelten Ländern die Produktivkräfte, trotz aller Krisen, immer weiter entwickeln können. Für eine große Anzahl von Menschen wurde Lebensniveau und -qualität beeindruckend erhöht. Wenn wir ehrlich sind, blickten wir dennoch im Systemvergleich neidvoll oder verwundert oft nur auf die Spitzengruppe bzw. die BRD mit ihren unglaublichen Innovationen.

Und doch gibt es da auch die vielen abgehängten Länder mit Millionen von Menschen, in denen trotz kapitalistischem Wirtschaftssystem große gesellschaftliche Rückstände, Armut und Elend existieren.

Ja, die gibt es, aber die Anzahl der Armen in der ganzen Welt ist in den letzten 100 Jahren gesunken.

Die Spitzengruppe „löste“ ihre wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsprobleme mit Hilfe von Rezessionen, Arbeitslosigkeit, kolonialer Unterdrückung, notfalls auch mit militärischen und Handelskriegen; Tod, Leid und humanitäre Katastrophen zur Kenntnis nehmend. Das war ihr „Doping“ im Systemvergleich, ohne dass dies nach 1949 politisch in Frage gestellt wurde; von kleinen Image-Dellen wie Vietnamkrieg, Rassendiskriminierung, Watergate, Studentenrevolten, Notstandsgesetzen abgesehen.

Du schreibst (m.E. sehr sarkastisch): „Dieser reale Sozialismus war nicht in der Lage, den Produktivkräften den nötigen Entwicklungsspielraum zu verschaffen. Sein paradiesisches Zukunftsversprechen war eine Fata Morgana.“

Wer hat real ein Paradies verkündet? Ging es nicht „für eine bessere Zukunft“? Gab es auf diesem Weg in diese Zukunft neben dem selbstgemachten Problemen da nicht auch Vieles an Äußerem, dem System nicht Anzulastendes, was es diesem auch deshalb nicht ermöglicht hat, seine Kräfte zu entfalten? Du wischst alles rigoros weg! In Bezug auf Enthusiasmus und Lebensleistung vieler Menschen finde ich das nicht fair.

Als ich 1961 in die EOS kam, studierten wir als erstes die Dokumente des KPdSU-Parteitag. Danach sollte 1980 der Kommunismus dort beginnen. Unsere Partei beschloss 1976 ein Programm, wonach wir allmählich zum Kommunismus übergehen werden, was auch immer das bedeuten sollte. Das Leben war aber konkret und nicht abstrakt. Die Menschen hatten reale Bedürfnisse, die wir nicht befriedigen konnten.

Schon in den Startblöcken zum Rennen der Systemvergleiche gab es die ersten gravierenden Behinderungen der noch jungen DDR. Eine neuere Berechnung von Wissenschaftlern stellt fest: Nach Abschluss der Demontagen 1948 verblieben in der SBZ zwischen 74 und 84% des Bruttoanlagevermögens der Industrie von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock mit 111% über den Stand von 1936 lag.

Die **BRD** kletterte mit den Spritzen des Marshallplanes, gestrichenen Reparationsaufwendungen und mit geringeren Rüstungsaufwendungen im Vergleich zu ihren westlichen Nachbarn, auf das Podium der stärksten Industrieländer.

Während die gewaltige Rüstungsnachfrage für den Korea-Konflikt viele Länder (nicht nur des Westens) zu verstärkten Rüstungsaufwendungen zwang, durfte die BRD die so entstandene Lücke vor allem auf dem Gebiet der Konsumgüter für einen gewaltigen Exportboom nutzen. Das Wirtschaftswunderland entstand.

Die anschwellenden Gewinne und Steuereinnahmen ermöglichten steigende Löhne und gute Sicherungssysteme. Mit einer Erhöhung der Renten um rund 60% errang Adenauer für die CDU/CSU eine absolute Mehrheit im Bundestagswahlkampf 1957, Die Legende von der „Sozialen Marktwirtschaft“ war geboren. Fast zwei Millionen Bürger aus der DDR, darunter gut ausgebildete Facharbeiter, Ingenieure und Ärzte hatten als Republikflüchtlinge bis 1961 daran Anteil und Nutzen.

Massiv wurden diese „Errungenschaften“ in das politische Schaufenster der Systemauseinandersetzung gestellt. Wie sehr es für dieses Schaufenster auch gedacht war, sehen wir an der heutigen Entwicklung, die von der Agenda 2010, den permanenten Rettungen von Banken und Unternehmen bis zu den aktuell vorgeschlagenen neoliberalen Konzepten mit „weniger Staat“ führen.

In der **DDR** ging die Besatzungsmacht, auch weil ihr eigenes Land darnieder lag, mit dem Befehl 167 der SMAD dazu über, mit der Bildung sowjetischer Aktiengesellschaften statt der Demontagen, gewichtige Entnahmen aus der laufenden Produktion zu tätigen. So flossen auf diesem Weg weitergeführter Reparationsleistungen jährlich bis 1953 zu beachtende 22% des erarbeiteten Bruttosozialprodukts in die Sowjetunion. Mit dem Verbleibenden musste akkumuliert und die Bevölkerung versorgt werden.

Mit dem verkündeten „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ wurde der Ausbau der Schwerindustrie forciert und die Signale bestehender Versorgungsprobleme überhört. In diese Situation „platzen“ die

Lieferungsverbote, ausgesprochen durch hohe Kommissare des Westens. Sie waren die Vorboten der endgültigen Kündigung des seit 1951 laufenden Handelsabkommens durch die BRD Regierung.

Die dadurch notwendigen „Störfreimachungsaktionen“, Improvisationen und Notlösungen belasteten Wirtschaft, Versorgung und Stimmung enorm. Die Probleme waren so offensichtlich, dass im Ergebnis des 17.6. die Sowjetführung eine Wende in ihren wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR vornehmen musste, (auch wenn es sie selbst schmerzte).

Mit diesem „Hindernislauf“ oder auch „Fehlstart“ war das Ergebnis, unabhängig von den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, fast schon vorbestimmt, die Dynamik- und Rentabilitätsvorteile klar auf Seiten der BRD. Insofern stimme ich S. Wenzel (ehem. stellv. Vors. der Plankommission der DDR) zu, der in seinem sehr empfehlenswerten Buch „Was war die DDR wert?“ die gravierenden Wirkungen der historischen und Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung aufzeigt. Sie werden nach meiner Auffassung immer wieder ausgeblendet oder unterbeleuchtet.

Deine Argumente sind als Fakten alle klar. Ich kann aber nicht wehklagen, wenn ich eine Revolution mache, dass diese auch bekämpft wird. Es gab Kalten Krieg zwischen Ost und West und einen Wettkampf der ökonomischen Systeme. Und die Verkündung des Aufbaus des Sozialismus bereits 1952 war ein großer strategischer Fehler.

Du schreibst in Bezug auf das Ende der DDR, dass du nicht an Verrat oder die ominöse Konterrevolution glaubst. Ich habe da eine etwas andere Sicht.

Bekanntlich hatte ich einen Disput mit Margot Honecker, die uns, die wir im Herbst 1989 auf den Druck der Straße reagierten, vorwarf, nicht mehr treu zum Sozialismus gestanden zu haben. Hätten wir einfach mal schießen sollen? Wäre das der notwendige Klassenstandpunkt gewesen? Natürlich kann man über Gorbatschow und die SU vieles benennen, was nicht DDR-freundlich mehr war, aber war das der Grund, weshalb die DDR zusammenbrach?

Beansprucht man für das, was in der DDR geschah, den Begriff einer „friedlichen Revolution“, kommt man nicht umhin, zumindest einen zweiten Zeitabschnitt zu erkennen, in dem ursprüngliche Ziele der Bürgerbewegung verloren gingen und sich umkehrten. Unbestritten sprach sich diese, die Revolution tragende Bewegung für eine „reformierte DDR“ aus. Später machten sich neue und ehemalige Parteien oder Allianzen, mit Hilfe von Gönnern, Medien oder „Schwesterparteien“ im Westen, für veränderte Inhalte stark. Herr Diestel hat in seiner Biographie sehr deutlich diese „Zusammenarbeit“ skizziert.

Darüber schreibe ich in meinem Buch nicht, da ich da nicht mehr politischer Akteur war.

Für mich tut sich bei den Ursachen so ein Konglomerat von intellektuellem Unvermögen, ideologischem Altersstarrsinn, miesem Verrat, politischer Konterrevolution und wirtschaftlicher „feindlichen Übernahme“ auf, welches die DDR in das Schlupfloch des § 23GG taumeln ließ:

Unvermögen, das sich in der Reaktion auf die neuerliche Botschafts-Flüchtlingsswelle, der Gewalt gegen Protestierende, den Forderungen der Opposition, dem Chaos um das Reisegesetz bis hin zur Öffnung der Mauer zeigte.

Altersstarrsinn bei der Mehrheit des Politbüros, die ihnen aufgezeigte Fehlentwicklungen und Lösungsvorschläge ignorierten. Mit ihren alten Rezepten und Parolen sowie der unbedingter Beibehaltung des Status Quo glaubten sie, diese zu lösen. Die Chance zum von Gorbatschow angeregten, und von der Opposition angebotenen gesellschaftlichen Dialog ließen sie verstreichen.

Verrat derer, die sich im Hinblick auf persönliche Reputation und Karriereaussichten zu schnell von guten Ideen des Runden Tisches verabschiedeten, sich den neuen Herren andienten, den Meinungsumschwung im Land organisierten und so u.a. auch den Kurswechsel der Treuhand opportunistisch möglich machten.

Konterrevolution insoweit, dass nach der Aufgabe der DDR durch Gorbatschow politischen Kräfte um Kohl mögliche finanzielle Hilfen verweigerten, mit einem manipulativen Vereinigungs- und DM-Wahlkampf eine neu politische Macht-Konstellation in der DDR organisierten, die den widerspruchslosen Ausverkauf der DDR und die Einreihung Ostdeutschlands in die NATO ermöglichten.

Im Ergebnis der „feindlichen Übernahme“ mittels Treuhand und Einigungsvertrag gab es statt Anteilsscheine für DDR-Bürger höhere Schulden. Unvorstellbar, dass ein produktives Vermögen von ca. 600 Mrd. DM und ein Wert an Grund und Boden von ca. 400 Mrd. DM zu einem Schuldenberg von 264 Mrd. DM mutierten. Nur 6% der Treuhandunternehmen gingen an ostdeutsche Investoren. In Europa sind die Ostdeutschen jene, denen auf ihrem Territorium am wenigsten gehört.

In der Sowjetunion wurden die Anteilscheine ganz schnell von Oligarchen aufgekauft. So wäre es bei uns auch gekommen.

Neben dieser Enteignung kam es noch flankierend zur rücksichtslosen Durchsetzung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung“ und die politisch motivierte Kürzung der Rentenansprüche von Funktionsträgern der DDR, ja sogar der anerkannten Antifaschisten. Sie wurden und werden so schlechter behandelt als manche Funktionsträger der Nazis und Angehörige der ehemaligen SS, die sich nach dem Krieg in der BRD in verantwortungsvollen Positionen der Wirtschaft und der Politik tummelten ja selbst im Ausland leben.

BRD-Finanzstaatssekretär Horst Köhler (unser späterer Bundespräsident) soll dazu am 21.1.1991 anlässlich einer Sitzung des Treuhandpräsidialausschusses gefordert haben, es müsse in der ehemaligen DDR - Industrie „auch mal gestorben werden, Blut müsse fließen.“ Es wurde kräftig gestorben und es floss viel Blut.

Und welche Ironie der Geschichte, dass das Objekt der Begierde im Einheitstaumel - die viel gerühmte D-Mark - dann selbst verlustig ging, und ungefragt einem Euro wich, der zwar von den Regierenden euphorisch gefeiert, aber in seiner Zukunft ziemlich fraglich scheint.

Natürlich höre ich immer wieder, dass doch die DDR pleite war und sie deshalb keine Überlebenschance gehabt habe.

Dies habe ich anfangs auch geglaubt, wurde es doch in diversen Fernsehauftritten und -dokumentationen von Experten, u.a. auch Schürer, Krenz und Schalk-Golodkowski, verkündet. Kurz vor Kohls Festlegung, dass die D-Mark in den Osten kommt, hat auch Kanzlerberater Teltschick die „völlige Zahlungsunfähigkeit“ als Begleitmusik in den Medien platzieren lassen. Sollten die damit ausgelösten Irritationen und Ängste die in wenigen Tagen anstehende Wahlentscheidung der DDR Bürger noch einmal befeuern?

In der Vorlage an das Politbüro vom 24.10.89 wurde die Westverschuldung mit 49 Mrd VM beziffert und entsprechend dramatisch dargestellt.

Mit dem Bericht des Deutschen Bundestages von 1999 wird für das Jahr 1989 dann mit lediglich 19,9 Mrd. VM (entspricht 12Mrd \$) ausgewiesen.

Was war passiert? Man hatte gründlich nachgerechnet und die Mittel dazugerechnet, die im Bereich des Schalk-Imperiums schlummerten. Da war Schalk schon im Schoß seiner neuen Gönner, ohne Griff in die Ko-Ko-Kassen? Hatten Schürer und Co. mit der Verschuldung beabsichtigt dramatisiert, um die alten Herren im Politbüro wachzurütteln?

In einem Interview 3 Jahre nach der entscheidenden Volkskammerwahl äußerte sich der damalige Bundesbankpräsident Karl-Otto Pöhl in einem Interview mit der Bürgerrechtlerin D. Dahn, dass die DDR ja nicht extrem verschuldet gewesen sei und die Bundesbank die Auslandsschulden nie beunruhigt hätten. Die Innenschulden seien vollkommen belanglos gewesen, hätten überhaupt keine Rolle gespielt, wären eine rein buchhalterische Betrachtungsweise gewesen. Und weiter führte er aus, von Zahlungs-unfähigkeit zu sprechen sei eine Unverschämtheit gewesen. Die DDR sei nicht wegen ihrer Schulden gekippt, sondern weil das System moralisch diskreditiert war und Gorbatschow die Hand weggezogen habe.

5 Jahre nach der Vereinigung bestätigte dies auch der Chefredakteur des führenden Wirtschaftsmagazin WIRTSCHAFTSWOCHEN: „Die alte DDR war zumindest in einer Beziehung ein grundsolider Staat: das Staatsvermögen machte ein Mehrfaches der Staatsverschuldung aus.“

Die DDR war nicht pleite, hatte aber im Chaos der Führung und dem Desaster der allgemeinen Zusammenbrüche des sozialistischen Lagers insbesondere in der Sowjetunion keine Alternative.

Angesichts der Art und der Umstände, wie sich sowohl in Russland als auch in Deutschland /Osteuropa der Weg zum realen Sozialismus vollzog, hat es sich bestätigt, dass fehlende objektive Bedingungen weder durch Wille, Mut und Tatkraft noch durch Gewalt und undemokratische Führung ersetzt werden können. Und wenn dann noch subjektive Fehler der Regierenden hinzukommen, bleibt die Sache aussichtslos.

So konnte es nur ein Versuch bleiben, denn von den bei Marx vorausgesetzten entwickelten Produktivkräften und ihnen adäquaten Produktionsverhältnissen fehlte jede Spur. Diese Ausgangssituation (zermürbende Kriege, Trümmerlandschaften, unsägliche Reparations- und Wetrüstungsbelastungen, Boykotte gegenüber dem neu entstandenen Imperium USA und der BRD in Höchstform) führte von Anfang an zu einem äußerst ungleichen Wettbewerb, der eher dem Wettlauf von Hase und Igel glich.

So begleitete die ersten Sozialismus-Versuche von Anfang an eine, von seinen Gegnern gern genutzte Glaubwürdigkeitskrise, ob jemals die gesetzten großen Ziele und Erwartungen real erfüllbar seien. Das Dauerfeuer zermürbte. Der ideologische Spagat von Überzeugungen, Versprechungen auf der einen Seite und

Realismus und Ehrlichkeit auf der anderen sollte mit der Einnahme eines klassenmäßigen Standpunkts gemeistert werden. Der Wechsel auf die Zukunft erwies sich immer mehr als Illusion.

Sehr wahr. Es gab immer Zukunftsversprechen, die nie erreicht wurden: Überholen ohne einzuholen, Wohnungsbauprogramm ... Und es gab ökonomisch widersinnige Dogmen: Preisstabilität, zu niedrige Mieten. Und es gab wahnsinnige Fehlentscheidungen: Auf Hinweis Breshnews abgeschaffte halbstaatliche Betriebe 1972.

Als besonders verhängnisvoll erwies sich dabei das Probleme welches sich im Umgang mit Rosa Luxemburgs berühmter Randnotiz „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ besonders deutlich herauskristallisierte.

Mit diesem Satz auf ihren Transparenten hat die Opposition anlässlich einer Liebknecht-Luxemburg-Ehrung die Parteiführung erzürnt und zu völlig überzogenen Maßnahmen veranlasst, die in ihrer falschen Logik auch später zu den Übergriffen zum Republik-Geburtstag führten.

Die Parteiführung war nie bereit und fähig mit Kritikern und Andersdenkenden zu kommunizieren und sich selbstkritisch reflektierend auseinanderzusetzen. Dies war besonders verhängnisvoll.

Sie ließ ja nicht einmal schöpferische Erörterungen in den eigenen Reihen zu.

Gerade wegen und im Umgang mit den Kritikern und Andersdenkenden hatte sich das MfS im Inneren zu einem unbeschreiblich abstoßenden Krebsgeschwür entwickelt, das durch Größe und Tun dem Land dem Atem nahm. Für das, was dort in diesem Zusammenhang gedacht, aufgeschrieben und mit DDR-Bürgern gemacht wurde, dafür schäme ich mich außerordentlich.

Und dennoch hatten kluge Ideen, die ideologische Arbeit von Vielen und der Versuch, Neues aufzubauen auch Motivationen bei den Menschen der DDR erzeugt, die sie zu beachtenswerten partiellen Leistungen führten und zeigten, zu was eine solche Gesellschaft befähigt ist.

Und warum wollte man das 1985 nicht mehr? Da wäre ein Dialog-Angebot noch auf diskussionsbereite Genossen und Bürger gestoßen. 1989 wollte niemand mehr uns glauben, dass wir das ernst meinen.

Was in Einzelbereichen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport als Teilhabe für die breite Bevölkerung bei der Entwicklung der Rolle der Frauen und für Kinder geleistet wurde, verdient gewürdigt zu werden. Selbst Kritikwürdiges wie Doping im Leistungs-sport oder Auftritts- und Berufsverbote für Künstler können das nicht völlig negieren. Da waren auch viele Dinge, die die DDR für mich lebens- und liebenswert machten. In den sozialen Medien ist das bei vielen Menschen auch zu spüren. Du schreibst, dass du selbst keine Lösungsvorschläge aus der DDR-Geschichte siehst, die unter den Bürgern Zugkraft entwickeln könnten. Für die genannten Bereiche, für das vielfach gelebte Mit- und Füreinander und die klugen Vorschläge des Runden Tisches (z.B. Verfassungsentwurf) gab und gibt sie. Das ist zumindest meine Überzeugung.

Ich weiß nicht, ob 1990 die Mehrheit der DDR-Bürger noch daran glaubte, dass in der DDR ein demokratischer Sozialismus ihr Leben lebenswerter machen könnte als die Versprechungen des Westens.

Und aus Deiner guten Systemanalyse, lieber Eberhard, lassen sie sich erst recht weitere benennen, (man muss diese nur sehen wollen).

Beim Lesen Deiner Wertungen zum Sozialismus in Russland haben mich deine Distanz, harte Sachlichkeit und scheinbare Kühle schon sehr überrascht.

Es liest sich fast wie eine gnadenlose Abrechnung. Positives wird sofort wieder relativiert und in Frage gestellt. Vielleicht muss eine objektive gründliche Analyse auch so sein?

Meine Distanz und Kühle zur geschichtlichen Entwicklung in der Sowjetunion ergeben sich aus unserer früheren Propaganda und unserer sowjethörigen Gläubigkeit. Vieles aus der Geschichte der SU haben wir nicht gewusst, weil es bewusst verschwiegen wurde. Ich habe die sowjetischen Lebensverhältnisse auch persönlich nie als erstrebenswertes Ziel angesehen, erst recht nicht, als Gorbatschow alles auf den Prüfstand stellte. Ich bin aufgewachsen mit „Wie der Stahl gehärtet wurde“. „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben, und nutzen soll er es so, dass er sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten auf der Welt, der Befreiung der Menschheit, gegeben.“ Das war mein Credo, was sich als propagandistischer Lug und Trug herausstellte. Ich war geprägt von „Timur und sein Trupp“, vom „Stillen Don“, von „Neuland unterm Pflug“, von „Kraniche ziehen“ und „Ein Menschenschicksal“. Im Überschwang meiner Gefühle sprach ich 1974 als Leiter eines FDJ-Freundschaftszuges mit Studenten auf dem Bjelorussischen Bahnhof in Moskau von der DDR als 16. Unions-Republik der Sowjetunion. Ich war auf dem Mamai Kurgan in Wolgograd, in Piskarewskoje, in

Chatyn, in Bratsk, am Baikalsee, an der BAM und bei unseren Erdgasleitungserbauern. Ich hatte Freunde beim Komsomol. Und jetzt war das alles einer anderen Sicht unterworfen, die Wahrheit war schrecklich. Aber ich wollte und konnte sie nicht von mir weisen.

Insbesondere in dieser Diskussion vermisste ich, insbesondere auch bei deinen Experten, auf die du dich stützt (z.B. Ruge o. Baberowski) ein Gespür für die Situation, die Konflikte und Widersprüche, die Menschen damals so handeln ließen, wie sie es taten. Vielleicht können es deine Experten angesichts Ihrer Vita auch nicht haben. Dass sie die geschichtlichen Vorgänge dann so interpretieren, wie man es von ihrem politischen Standpunkt nicht anders erwarten kann, ist okay. An ihre Interpretationen Marxscher und Leninscher Schriften und Auffassungen gewöhne ich mich schwer. Ich interpretiere von meinem Standpunkt aus manches anders. Deshalb habe ich manche Schriften noch einmal zur Hand genommen. Dass du sie so übernimmst, überrascht mich schon. Ich finde sie oft überzogen und unzulässig zugespitzt.

Natürlich scheint es einfach aus der heutigen Lebenssituation, den geltenden Moral - und Ethikwerten, den vorliegenden historischen Quellen und recherchierten Fakten zu den Wertungen zu kommen, warum Menschen und Gruppen (z.B. Bolschewiki) so oder so falsch oder richtig handelten.

Werden wir so ihnen und ihren Handlungen und ihrem Charakter wirklich gerecht? Können wir die Motive und Emotionen so nachempfinden, dass sie verlässlichen Rückschluss auf wirkliche Überzeugung, Charakter und Wesen der Akteure zulassen?

Ich weiß es nicht. Aber ihre Heroisierung steht eben auf dem gleichen Prüfstand.

Der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus in Russland /später der UdSSR war bis in die Gründungsphase unserer Republik von außergewöhnlichen, m.E. für uns nur schwer nachvollziehbaren Bedingungen geprägt. Ich empfinde Sympathie und Hochachtung für das Geleistete, Schmerz und Trauer für das Ertragene und Wut und Empörung über Nicht-Verzeihbares. Vieles war miteinander verwoben, hatte Ursachen und Gründe, war vielleicht erzwungen weil man keine andere Alternative sah.

Deinen Einwand, man hätte sich in der Frage der sozialistischen Revolution zu blauäugig von automatischen Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus leiten lassen, teile ich nicht. Diese angebliche „Automatik“ wird mir zu oft zur Diskreditierung von Marx, Engels und Lenin genutzt.

So wurde es uns gelehrt und so haben wir es geglaubt. Es war die zentrale These unserer Propaganda.

Ihnen (zumindest Marx und Engels) ging es um das Aufzeigen und die Wirkungsweise von ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen. Lenin hat um ihre praktische Anwendung unter vollkommen geänderten Bedingungen gerungen. Liest man heute z.B. Lenin „Staat und Revolution“ oder „Die große Initiative“ verwunderte es einem schon sehr, wie sehr sich in Bezug auf seine Feststellungen zum Staatswesen und der Funktionsweise des demokratischen Zentralismus die Praxis von der Theorie entfernte. Aus seinen Gedanken wurden „unumstößliche Wahrheiten“ gemacht. Manche Gedanken und Deutungen pervertierten in der unerbittlichen Machtentfaltung der Partei in deren praktischen Anwendung. Diese immense Machtentfaltung der Partei hat auch in der DDR die inhaltliche Umsetzung der theoretischen Ansätze der Klassiker, als auch deren notwendige inhaltliche Weiterentwicklung konterkariert.

Als die Bolschewiki die revolutionäre Situation erfassten, waren sie nicht sicher, ob es richtig sei, in dieser Revolution die Macht zu übernehmen. Sie stritten darum, ob Russland dafür reif war. Vielfach wurden sie von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zum Handeln aufgefordert.

Nach der Revolution 1905 haben die Bolschewiki in Versammlungen diesbezüglich beschwichtigt oder bei aufgebrachten Demonstranten zur friedlichen Lösung aufgefordert. Mit Zuspitzung der Situation siegten Lenins Argumente und man fand eine Mehrheit der bolschewistischen Führung, um den Versuch eines Umsturzes zu wagen. Dabei hoffte man mit dem Beginn der Revolution in Russland, den europäischen Revolutionen den Weg zu ebnen. Die erhoffte Weltrevolution vor allem in den entwickelten Ländern blieb leider aus. Konterrevolutionen und erhebliche Zwistigkeiten zwischen den Arbeiterparteien erstickten die Feuer.

In seiner Broschüre „Die Grundlagen des Leninismus“, die Stalin noch im Frühjahr 1924 veröffentlichte, hieß es: „Die Kräfte eines bestimmten Landes mögen ausreichen, um die Bourgeoisie zu stürzen....Für den Endsieg des Sozialismus, für die Organisation der sozialistischen Produktion, reichen die Anstrengungen eines Landes, besonders eines vorwiegend agrarischen Landes, wie Russland es ist, nicht aus. Hierfür müssen sich die Proletarier verschiedener fortgeschrittener Länder gemeinsam einsetzen“

Und dann plötzlich der Umschwung im Herbst 1924 mit dem Werk „Probleme des Leninismus“, die These des „Sozialismus in einem Land“!

Da mögen sich die Historiker streiten. Für mich liegt aber dort die Quelle der sogenannten Systemauseinandersetzung bis hin zum Kalten Krieg, die auch zur Spaltung Deutschlands führte. Wenn man eine neue Gesellschaft etabliert, dann steht sie im Wettstreit mit dem Rest der Welt. Und wenn man dann noch propagandistisch behauptet, die bessere Welt zu sein, befeuert das die Auseinandersetzung.

Wissenschaftler vermuten, dass Stalin mit dieser Theorie zu diesem Zeitpunkt einen letzten Schlag gegen Trotzki ausführen wollte um dessen Theorie von der „Permanenten Revolution“ zu diskreditieren. Mit seinem positiven Vorschlag, wir können und werden den Bau des Sozialismus in Angriff nehmen und auch vollenden, proklamierte er ein neues Glaubensbekenntnis und die Selbstgenügsamkeit der russischen Revolution. Der neue geistige Führer setzte sich an die Spitze der Partei und drängte Trotzki nun endgültig ins Abseits.

Marx` Ansatz, dass eine sozialistische Wirtschaft nur eine Wirtschaft mit hochentwickelter Industrie und der vollkommenen Bedarfsbefriedigung sein muss, wurde „aktualisiert“ und der Startschuss für die sozialistische Mangelwirtschaft gegeben. So tat sich ein neues Feld der Auseinandersetzung auf, der Kampf der „ Optimisten“ gegen die „ Pessimisten“. Gleichzeitig befriedigte Stalin aber die Kräfte, die des endlosen Wartens auf die internationale Revolution müde geworden waren.

Heute wissen wir, die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ stand auf tönernen Füßen und wird sich nach meiner Auffassung auch künftig bei Bestehen solch mächtiger kapitalistischer und ideologischer Antipoden wohl nicht verwirklichen lassen.

Rosa Luxemburg hatte offensichtlich den Charakter des Versuchs und die Schwere der Aufgabe vorausgesehen, als sie ahnungsvoll schrieb: „Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, dass sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin- und her probieren müssen und dass ein guter Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellt.“

So haben wir das aber nicht gelernt, es gab nur Feinde der Bolschewiki, keine Widersprüche im Inneren.

Deine Sicht, dass Lenin den 1. Weltkrieg unterstützte, teile ich nicht. In meinen Quellen wird dargestellt, wie sich Lenin empört über den Verrat der europäischen Sozialdemokraten und ihren Parolen der „Vaterlandsverteidigung“ äußerte, die auch bei vielen russischen Sozialrevolutionären und Bolschewiken weit verbreitet waren. Er ermahnte die Bolschewiki, sich an Liebknecht ein Beispiel zu nehmen und warb für die sofortige Beendigung des Krieges und eines Waffenstillstandes mit Deutschland.

Ja, später, als sich Lenins Hoffnung auf Zusammenbruch des kapitalistischen Systems nicht erfüllte.

Auf Grund dieser Unstimmigkeiten, vor allem mit Trotzki, verzögerte sich dieser Waffenstillstand zum Nachteil der Bolschewiki. Wie paradox, dass als direkte Folge des Friedens von Brest-Litowsk die Sozialrevolutionäre die Koalitionsregierung verließen und die Bolschewisten nun die gesamte Macht und die gesamte Verantwortung in ihren Händen hielten. Diese Einparteienregierung war vorher nie Programmpunkt der Bolschewiki gewesen.

Mit Deinen Auszügen aus Lenins Niederschrift „Wie soll man den Wettbewerb organisieren“ empörst du dich über Aufrufe zur Gewalt und machst Lenin verantwortlich für Stalins Untaten. Ich war zutiefst überrascht, dass ich in Deinem Buch die Feststellung lese, dass Lenin „Stalin die Knute in die Hand“ gab. Warum wurde dieses Werk zu Lenins Zeiten wohl nicht veröffentlicht? Und warum erschien es erst 1928? Warum haben wir uns beim Studium dieses Werkes (es gehörte ja zur Pflichtliteratur) nicht sofort empört?

Die Frage stelle ich mir ja auch. Ist der Text wirklich von Lenin?

Die zweite Frage scheint noch am leichtesten zu beantworten zu sein. Es passte in Stalins Konzept. 1928 sahen sich die Städte Russlands durch eine Hungersnot bedroht. Die Getreidekäufe der Regierung bei den Bauern blieben noch unter dem Minimum für eine ausreichende Versorgung zurück. Das Politbüro ordnete „ Notstandsmaßnahmen“ an. Es folgte im Juli der Aufruf zum Kampf gegen die Kulaken, die man für die Situation als Hauptverantwortliche kennzeichnete. Da waren die Worte Lenins die richtige „Begleitmusik“ und ein gutes Alibi für Stalin.

In dieser Situation erfolgte dann die erste größere „ Säuberungsaktion“ in der Partei um die Partei für die harte Auseinandersetzung gegen die Bauern insbesondere Kulaken zu „festigen“. So nahm die Kollektivierung ihren Anfang, die als Krieg auf dem Lande und in Gewaltorgien endete. Stalin und die Partei der Bolschewiki nahmen das in Kauf.

Und trotzdem, für mich waren die, 1917 die Macht übernehmenden Bolschewiki, keine gewaltbesessene Terrorgruppe. Als eine der ersten Maßnahmen wurde von diesen z.B. auch die Todesstrafe in Russland abgeschafft. Der gefangengenommene Kosakengeneral Krasnow, der mit seinen Truppen die Bolschewisten stürzen wollte, wurde auf Ehrenwort freigelassen (!) War das nur verschleierte Taktik?

Die Todesstrafe war nur von November 1917 bis Februar 1918 abgeschafft. Danach gab es den „Roten Terror“. 1926 war dann die Todesstrafe im Strafgesetzbuch verankert. Von ihr wurde mächtig Gebrauch gemacht.

Du stellst selber fest, dass trotz widerstreitenden Interessen und Auffassungen in der Parteiführung unter Lenin die politische Auseinandersetzung und nicht die physische Liquidation vorherrschte, die selbst für jene galt, die ausgeschlossen wurden. Das erstaunt dich!? Es herrschte zu Lenins Zeiten, trotz seiner Unerbittlichkeit in der Auseinandersetzung noch innerparteiliche Demokratie im Führungszirkel der Bolschewiki.

So scheint es. Er war aber auch schon krank.

Diese harten Auseinandersetzungen gingen sogar bis 1927 (!). Nachdem Trotzki und Sinowjew zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution einen gesonderte Demonstration in Moskau und Leningrad durchführten, kostete die Auseinandersetzung darüber zum 15. Parteikongress 1927, wenige Wochen später, 78 führenden Mitgliedern der Opposition die Parteimitgliedschaft, Trotzki die Verbannung und Kamenew / Sinowjew trotz ihrer demütigen „bedingungslose Kapitulation“ den Ausschluss aus der Partei.

Wir wissen nicht, wie es uns unter Trotzki, Sinowjew ergangen wäre. Vielleicht hätte es schon früher Krieg gegeben.

Ja, schon nach der Machtübernahme ging es, wie es Lenin in diesem Aufsatz beschreibt „...auf Leben und Tod“. Der brachiale Kampf gegen Hunger und Anarchie („koste es, was es wolle, wenigstens ein Stück Brot herauszuschlagen,“). Die von Lenin beschriebenen Kräfte, die Saboteure, Schieber, Betrüger... gab es wirklich. Es gab auch die Bauern, denen man Nahrungsmittel mit Gewalt nehmen musste, um in den Städten es denen zu geben, die nichts hatten, die aber auch arbeiten sollten. Die durch die Bolschewiki zugesicherte Brotration für einen Arbeiter in Petrograd soll 100g/Tag betragen haben.

Ich spüre aus diesen Zeilen diesen brutalen Existenzkampf, den wir zum Glück nie erleben mussten.

Du mahnst Menschenwürde und Anstand gegenüber „seinem Volk“ und „seinen Bürgern“ an. Lenin und den Bolschewiki ging es zum Beginn der Revolution in erster Linie um die Besitzlosen, Ausgebeuteten, Betrogenen und Hungernden, für die sie den Umsturz gewagt hatten. Wer kann friedlich und glücklich arbeiten, wenn er permanent hungert? Ungerecht? Undemokratisch?

Die ökonomische Leistung Sowjetruslands sank unter den Bolschewiki drastisch. Es wurde Krieg geführt, gegen Weißgardisten, gegen die Bauern ...

Du schreibst: „... die Bolschewiki um Lenin und Trotzki und später die KPdSU um Stalin waren schlicht unfähig, zivilisiert politisch zu führen. „,

Wie konnten Lenin oder Trotzki in der Zeit angesichts o.g. Umstände nach unseren Maßstäben „zivilisiert politisch führen“? Waren da für dich alle Verantwortlichen in der Führung der KPdSU um Stalin „ unzivilisierte Barbaren“?

Der international anerkannte Historiker Isaak Deutscher schreibt dazu: „Es dauerte erst geraume Zeit, bis die Revolution unter den grausamen Eindrücken des Bürgerkriegs ihre Tränen abgewischt und aufgehört hatte, den Versprechungen ihrer Feinde Glauben zu schenken, bis sie gelernt hatte, mit fanatischer Entschlossenheit zu handeln, die ihr neue und abstoßende Züge verlieh, denen sie aber ihr Überleben zu verdanken hatte...“

Angesichts der Größe der Sowjetunion scheint es für mich fast unvorstellbar, dass sich mit dem einsetzenden Bürgerkrieg und der ausländischen Intervention der Machtbereich der Bolschewiki zeitweise nur auf das Großfürstentum Moskau beschränkt haben soll. Ja, sie hätten auch die Waffen niederlegen können und ihren Irrtum eingestehen können oder den Tod der Kommunisten sterben können!?

Stattdessen organisierten sie den Kriegskommunismus mit der bitteren Notwendigkeit der Militarisierung der Arbeit. Dies und der „Rote Terror“ waren kein Feldzug zur Bereicherung der Bolschewiki und zum Ausbau persönlicher Privilegien. Er verschärfte sich im Juli 1918, als Sozialrevolutionäre mit der Ermordung des deutschen Botschafters den gerade geschlossenen Frieden wieder sabotieren wollten. Auf diese von den Sozialrevolutionären regional angezettelten Aufstände, den Attentaten auf Lenin und Trotzki sowie die Morde an führenden Bolschewiki (Uritzki und Wolodarski) antworteten die Bolschewiki mit brutalen Repressalien.

Selbstverständlich kann das auch nicht als Feigenblatt für Geschehenes gelten. So zog auch Lenin insbesondere nach der Niederschlagung des Kronstädter Aufstand die Folgerung: „Wir sind zu weit gegangen...Wir hatten keine tragfähige Basis...“

Dass es später aber diese tragfähigere Basis gab (oder gegeben haben musste), widerspiegelt der Sieg im Bürgerkrieg und gegenüber den ausländischen Interventen sowie der zurückgewonnene riesige Einflussbereich.

Du schreibst, ob es eigentlich nicht verantwortungslos sei, eine Revolution loszutreten, von der man nicht wusste, wohin sie führte und welche Opfer sie verlangte? Meinst Du das wirklich? Stellst Du diese Frage auch an die Bauern des Bauernkrieges, die Revolutionäre der 1848 Revolution, die Kommunarden, Liebknecht und Luxemburg? Hättest du die Frage auch unseren kubanischen Freunden, den Sandinisten oder zu den Weltfestspielen den Nordkoreanern gestellt? Oder ist das nur Deine Sicht auf den Roten Oktober?

Obwohl deine Beispiele alle unterschiedlich sind, stand immer die Frage, was die Revolution bringen soll. Korea ist das schlimmste Beispiel, Kuba das, welches am meisten weh tut. Und die Sowjetunion brach zusammen, nicht im Krieg, sondern im Frieden.

Deinem Sarkasmus, lieber Eberhard, bleibst du treu, als du die Rote Armee „plötzlich bis ins eben erst neu geschaffene souveräne Polen stürmen“ lässt. Waren da nicht vorher die Polen, die sich 1919 nicht an die Gebietsvorgaben der Siegermächte hielten, Russlands zugesprochene Teile Weißrusslands und die Ukraine okkupierten und Russland ohne Kriegserklärung angegriffen haben? Das hin und her der Kämpfe soll so verbissen gewesen sein, dass es einen Sieger brauchte, der dann nach der Schlacht vor Warschau für die Polen mit der Übernahme von russischen Gebieten jenseits der festgelegten „Curzon-Linie“ endete. Da wurden nicht nur „weiße Polen“(!) sondern auch viele Russen, Weißrussen und Ukrainer auf Seiten der Bolschewiki „niedergemetzelt“.

Lies mal das Buch von Wilfried Poßner über Tuchatschewski.

Diese Zwickigkeiten, die Hitler auch für seinen „Polenfeldzug“ ausnutzte, waren dann auch der Grund, warum Polen auf die angebotene russische Hilfe im Kampf gegen Hitler verzichtete und sich dann 1939 die Sowjetunion mit Hitlers Hilfe diese Gebiete zurückholte. Wie lang dies und Katyn nachwirkt, zeigt sich heute darin, dass sich Polen mit amerikanischen Raketenbasen sicherer fühlt.

Das ist ein gesondertes Thema. Hier geht es auch um militanten Nationalismus auf beiden Seiten.

Du verweist auf die verhängnisvolle „Sozialfaschismusthese“, den Verrat gegenüber der spanischen Volksfront bzw. den internationalen Brigaden und die Irritationen des antifaschistischen Widerstands im Zusammenhang mit den Hitler-Stalin-Pakt. Auch ich war nach späterer Kenntnis vieler dieser Vorgänge zutiefst erschüttert und entsetzt. Vieles schien mir paranoid. Einige Historiker und Zeitzeugen verweisen auf ebensolche Züge Stalins. (Ich erinnere mich an die Berichte über die Absonderlichkeiten seines Verhaltens während meines Besuchs von Stalins Datscha in Sotschi vor einigen Jahren.)

Dennoch war Dein Buch für mich Anlass, mich noch einmal gründlicher damit zu befassen.

Nach Einsicht in Videodokumentationen und diversen Büchern (u.a. von Gert Schultze-Rhonhof, Edgar Dahl und Herrmann Ploppa) bin ich heute um einige Sichtweisen reicher. Deshalb habe ich nachfolgend versucht, dir meine Interpretation der Dinge wiederzugeben.

Die These vom Sozialfaschismus hatte m.E. ihren inhaltlichen Ausgangspunkt in der oberflächlichen Bewertung des Charakters des Faschismus als auch der Überbewertung von einer Reihe von politischen Vorgängen in Deutschland, die Stalin und die deutschen Kommunisten der SPD anlasteten. Zu diesem „Sündenregister“ zählte nicht nur die schmachvolle Bewilligung der Kriegskredite für den 1. WK , die Niederschlagung der von Liebknecht ausgerufenen Sozialistischen Republik, seiner und Rosas Ermordung unter Federführung des SPD Volksbeauftragten Noske („einer muss der Bluthund sein“) ,sondern vor allem der Verzicht auf eine Revolution zugunsten einer parlamentarischen Republik. Hinzu kommt später, dass Scheidemann von der SPD die heimliche militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion „auffliegen“ lässt, die sich im Ergebnis des Rapallo-Vertrages heimlich in Russland im großen Stil entwickelte. Die wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit, die sich daraus ergab, hatte für die Sowjetunion große Bedeutung. Der Skandal fegte die bürgerliche Regierung Marx weg, verschafft der SPD bei den Neuwahlen Zugewinne und hilft der SPD im Juni 28 zurück zum Regierungsruder. Die militärische Zusammenarbeit wird zurückgefahren. Mit dem späteren SPD-Kanzler Müller erfolgt eine stärkere Hinwendung zu Frankreich und England.

Für Stalin, die Komintern und viele deutsche Kommunisten, die in ihrer Propaganda davon ausgingen, dass die Westmächte einen Krieg gegen die Sowjetunion planen, ist das ein erneuter Verrat der SPD.

Dass sich die KPD-Vorsitzende Fischer um eine KpDSU-unabhängige Führung bemüht, passt nicht ins politische Kalkül. So wird auch deshalb die Propaganda zum Sozial-faschismus verstärkt und Thälmann als Held des (vergeblichen) Hamburger Aufstands auf den Vorsitz gehoben? Die Straßenschlachten zwischen RFB und dem sozialdemokratischen Reichsbanner nehmen zu. Als diese kulminieren, verfügt der SPD-Polizeipräsident

Zörgiebel in Berlin ein Verbot für alle Versammlungen. Gleichzeitig kündigt er eine voraussichtliche Auflösung des RFB und der SA an. Es kommt zum „Blutmai“, in dessen Ergebnis der RFB (immerhin ein Kampfverband von ca. 80.000 Mitgliedern!) verboten wird. Ein Affront, das Tisch Tuch gegenüber den „Sozialfaschisten“ ist zerschnitten. Die Zunahme von Mitgliedern und Wählern für die KPD scheinen ihnen Recht zu geben.

Der spätere gemeinsame Gang in Hitlers KZ lehrt sie besseres und führte zu verspäteten Einsichten.

Besonders tragisch: während Stalins Oberflächlichkeit zum Desaster für Deutschlands Arbeiterbewegung wurde, warnte Trotzki 1931, „dass die Komintern-Führung das deutsche Proletariat in eine ungeheure Katastrophe hineinsteuert und dass der höllische Faschismus Italiens als ein Kinderspiel, als ein geradezu humanes Experiment erscheine im Vergleich zu dem, was der Nationalsozialismus in Deutschland ins Werk setzen wird“ Er blieb - weil geächtet - leider ungehört.

Trotz der Machtergreifung Hitlers rechneten die Bolschewisten mit einer künftigen militärischen Auseinandersetzung zwischen den USA und England. So hielt sich Stalin an die Linie des deutsch-russischen Neutralitäts- und Freundschaftsvertrages, der 1931 noch einmal verlängert und im Mai 1933 (!) ratifiziert wurde. Diesem Vertrag und der Zusammenarbeit wurde vielleicht auch Thälmann geopfert. Vielleicht war es auch die „Strafaktion“ für die schlecht organisierte Sicherheit des deutschen Kommunistenführers seitens der KPD.

Als kleine Anmerkung schreibt I. Deutscher in seiner Stalin-Biographie: „<Ein Traktor ist mehr wert als zehn ausländische Kommunisten!> Diese charakteristische Bemerkung konnte man in Funktionärskreisen der Bolschewisten in den Tagen des ersten Fünfjahrplanes hören. Sie spiegelte den Tenor der Gespräche über die Komintern in Stalins engster Umgebung wider.“

Die internationale Lage ist für die Sowjetunion äußerst prekär. Bei dem in Locarno gebildeten Sicherheits- und Friedenssystem, das für Deutschland die außenpolitische Isolierung durchbricht, bleibt die Sowjetunion wieder einmal außen vor. Sie ist das alleinige politische „Schmuddelkind“. Die Konflikte mit Japan halten an. Selbst die Verlängerung des Nichtangriffspakts mit Polen, ist keine Garantie für gesicherte Westgrenzen, da Stalin Pilsudkis Interesse an der Ukraine kennt. Er kennt die antirussischen Vorbehalte in Polen, selbst in Kreisen der Arbeiterparteien.

Im November 1933 erkennen die USA die Sowjetunion an. Welch ein außenpolitischer Erfolg! So ist man in der Sowjetunion auch froh, dass sich im Sommer 1934 die Chance ergibt, mit der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Während Stalin im Innern noch mit den Folgen der Kollektivierung kämpft, braucht er Fortschritte in der Außenpolitik mit Westeuropa, den Staaten, die für ihn bisher die absoluten Feinde waren.

So äußert sich Stalin 1934 erstmals öffentlich kritisch zu Deutschland, konstatiert ebenfalls erstmals eine antirussische Tendenz in der deutschen Politik, betont aber gleichzeitig, er hoffte auf Beziehungen wie mit der Weimarer Republik oder dem faschistischen Italien.

Während sich die meisten europäischen Länder in der Zusammenarbeit mit Hitler offiziell zurückhalten, wirken vor allem amerikanische Konzerne in Deutschland, um mit Finanzspritzen, Firmenbeteiligungen und Investitionen deutsche Firmen fit für den Krieg zu machen. Gleichzeitig entwickelt sich zwischen den Staaten des Völkerbundes und der Sowjetunion ein Pokerspiel um Bündnisse mit und gegen Hitler. Keiner wagt sich in militärischen Fragen festzulegen.

Als unerwünschter Zaungast muss Stalin mit ansehen, wie insbesondere England und Frankreich mit dem Münchner Abkommen Hitler die Marschrichtung gen Osten vorgeben, die dieser gern annimmt. Stalins Vorschlägen zur Errichtung eines Bündnisses wird immer wieder ausgewichen. Das veranlasst Stalin, dem Völkerbund beizutreten, den er früher als „Räuberhöhle“ beschimpfte. Misstrauen und Kalkül dominieren die Haltung der Westmächte. Gleiches lässt sich für Polen und Rumänien als Nachbarstaaten Russland konstatieren.

In diesem Zeitraum, in der sich Stalin bemühte, das alte Misstrauen, die ideologischen Vorbehalte der Engländer und Franzosen über eine von Russland gewollte Weltrevolution abzubauen, erhöhten Wahlsiege der Volksfront in Frankreich und Spanien die Angst im bürgerlichen Westen, über eine kommunistische Revolution in diesen Ländern.

Das brachte auch Stalin in Schwierigkeiten, sodass er die Unterstützung der Spanier einstellte.

Die Franzosen hatten sowohl Angst vor einem faschistischen als auch einem kommunistischen Spanien. So predigte die Komintern ihrer spanischen Sektion, sich nur auf die Verteidigung der spanischen Republik zu beschränken und Russland beeilte sich, die Nichteinmischung in diese Bürgerkriege öffentlich zu zelebrieren.

Gleichzeitig beförderte er jedoch mit dem Verkauf von Waffen an die Aufständischen (die dort dringend benötigt werden) und der Entsendung von sowjetischen Instruktoren einen brudermörderischen Kampf innerhalb der spanischen Linksparteien.

Genau

Russland diskreditierte sich so bei Freund und Feind und isolierte sich mit diesem Agieren wieder völlig.

In dieser Zeit spitzt sich der Konflikt zwischen Deutschland und Polen aufs äußerste zu. Die polnische Führung reagiert völlig abweisend auf Deutschlands Forderungen und Angebote zur Entspannung der Lage in Danzig und der Beendigung der Übergriffe auf die deutsche Minderheit.

Was machte sie so unerbittlich? Im Februar 1939 hatte Polen über den polnischen Botschafter in Washington die vertrauliche Information erhalten, sollte ein Krieg ausbrechen, wird sich die USA anfangs sicherlich nicht an ihm beteiligen, aber sie wird ihn beenden. Dabei wurde in Gesprächen am 24. und 25. März Polen in Aussicht gestellt, dass die USA dafür sorgt, dass die englische Regierung ihre Verantwortung für Polen wahrnimmt. Pünktlich zum 31.3. verkündete Chamberlain die britische Garantieerklärung für Polen. Auf Druck der USA, ihrem größtem Gläubiger nach dem 1. Weltkrieg. Dem Londoner Beistandsversprechen folgte die Ankündigung französischer Waffenhilfe, ebenfalls tief verschuldet bei den Amerikanern.

Am 19. Mai macht der britische Premier Chamberlain im Unterhaus öffentlich, dass eine Vereinbarung mit der Sowjetunion eigentlich nicht wünschenswert sei. Dem kontert Churchill, damals in Oppositionsrolle: „Weshalb schrecken Sie dann davor zurück, jetzt Russlands Verbündeter zu sein, wenn Sie gerade durch diese Tatsache den Ausbruch eines Krieges verhindern können.“ (Biographie S. 826 Anm. 16) So wähnte sich Polen in der Sicherheit, auch ohne die Sowjetunion einem Krieg gewachsen zu sein.

In dieser Situation beschließt Stalin in Bezug auf Deutschland auf der einen und England/ Frankreich auf der anderen Seite eine Doppelstrategie zu fahren. Er wollte mit dem vertraglich zum Abschluss kommen, der als Erster zu bindenden Maßnahmen bereit ist, seine Grenzsicherheit zu garantieren oder mit ihm gemeinsam militärisch zu agieren.

Als am 19. August in Moskau ein letzter Versuch, mit einer ohne Vollmachten ausgestatteten französisch-englischen Militärmission zu konkreten Vereinbarungen zu kommen, scheitert, gibt Stalin das Signal zu Vertragsverhandlungen mit Hitler.

Am 20. August bittet Hitler Stalin seinen Außenminister zu empfangen. Am 23. August ist der Nichtangriffspakt nebst „geheimem Zusatzprotokoll“ unterzeichnet.

Interessant ist, dass es Dokumente gibt, die belegen, dass Hitler noch am 25. August der englischen Regierung ein Bündnis anbietet, wenn diese ihnen bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist. Als Gegenleistung bietet Hitler die Garantie der neuen polnischen Grenzen und „...die deutsche Hilfeleistung bei der Verteidigung des Britischen Empires, wo auch immer in der Welt es nötig werden sollte“ (Schulze - Rohnhoffs.457). England lehnt ab und schließt am gleichen Tag mit Warschau das Beistandsabkommen ebenfalls mit einem geheimen Zusatzprotokoll, das ausdrücklich festlegt, dass dies nur gegen Deutschland gültig ist.

Was dies wert war, hat die Geschichte gezeigt. Hitler kann die Danzig-Frage ohne Gesichtsverlust nur mit einem Krieg lösen.

Die Westmächte haben mit dem Versailler Vertrag den Sprengstoff erzeugt und in Hitler den gefunden, der bereit war, die Lunte in die Hand zu nehmen?

Die USA, England, Frankreich haben Polen zum harten Kurs angehalten und Hitler damit den Vorwand zum Krieg geschaffen. Ist es deshalb berechtigt, davon zu sprechen, dass dieser Krieg „mehrere Väter“ hat?

Mit seinem Pakt mit Stalin wusste oder riskierte Hitler, dass er mit einem Blitzkrieg eine Chance hat, erneut Tatsachen zu schaffen wie bei der Eroberung der Tschechoslowakei. Verschonte er deshalb als Gegenleistung für die unterbliebene Waffenhilfe seitens Englands und Frankreichs deren Soldaten bei der Einkesselung in Dünkirchen?

Obwohl es Russland gelingt, mit der dargestellten Partnerschaft mit Deutschland auch den Konflikt mit Japan zu beenden, sich mit dem Besetzen ihrer ursprünglichen Gebiete in Polen und dem gewonnenen Finnland-Krieg eine bessere strategische Situation zu verschaffen, ist das politische Ansehen der Sowjetunion endgültig ruiniert. Bei früheren Freunden, insbesondere denen, die die Zusammenhänge und Intrigen nicht kennen, die zum Pakt mit Hitler führten, ist die Desorientierung riesig. Es erfolgt auch keine Aufklärung oder Diskussion.

Bis zum Hitlerschen Überfall wagt Stalin öffentlich keinen Einwand, keine Kritik. Hitlers klamme Kriegskasse, manche Historiker reden von einer bevorstehenden Pleite, rettet die Sowjetunion mit vertraglich vereinbarten Goldlieferungen. Noch im Januar 1941 verpflichtet sich die Sowjetunion an Deutschland 75 Millionen Dollar an Gold anzuweisen. Sie bekommt dafür Maschinen und Material für Traktoren.

Einzig dem Angebot Hitlers auf einen Viermächtepakt, zusammen mit Italien und Japan, widersteht Stalin.

Was Stalin letztendlich bewog, trotz allem diesen „Pakt mit dem Teufel“ zu schließen, darüber streiten sich die Historiker und Psychologen. Angst, kaltes Kalkül, Gewissenlosigkeit, Konzeptlosigkeit? Glaubte er sich in den Traditionen von Zar Alexander und dessen Tilsiter Frieden mit Napoleon? Waren die in Aussicht gestellten Gebietsgewinne so verführerisch? Hoffte er, in einem deutsch-polnischen Krieg unter Beteiligung der Westmächte der profitierende Dritte zu sein?

Erstmalig lobt Stalin öffentlich in einer Rede am 3. Juli 41 den Zeitgewinn, spricht von Deutschland als einem hinterhältigen Volk und bezeichnet Hitler und Ribbentrop als Verbrecher. Da ist der Krieg mit Hitler unausweichlich. Er hat vielleicht mögliche Helfer verprellt.

In einem Gespräch mit Churchill soll Stalin diesem darüber sinngemäß gesagt haben, dass die sowjetische Führung den Eindruck hatte, dass die britische und die französische Regierung nicht zum Krieg entschlossen waren, wenn Polen überfallen würde, dass sie aber hofften, die diplomatische Demonstration Englands, Frankreich und Russland werde Hitler einschüchtern. Die sowjetische Führung sei vom Gegenteil überzeugt gewesen. Diese Einschätzung kann man teilen; für mich ist sie plausibel.

Noch dominiert die Geschichtsschreibung, die die Sieger geschrieben haben und die auch uns gelehrt wurde. Der ehemalige Gefreite des 1. Weltkriegs, A. Hitler (und seine Mittäter) ist der einzig Schuldige, das deutsche Volk die Mittäter. Mir ist das aus heutiger Sicht zu einfach. Sich öffnende Archive und mutige Historiker werden weitere Verstrickungen der Beteiligten vor und während des 2. Weltkrieges hervorbringen. Da bin ich sicher.

Danke für die ausführliche historische Recherche. Historische Wahrheit bleibt, dass Hitlerdeutschland den Krieg vom Zaune brach. Der Streit geht wohl eher darum, ob er wie zu verhindern war. Nur in dieser Hinsicht kann man fragen, ob auch andere am Krieg mitschuldig waren. Der Hitler-Stalin-Pakt ist dabei ein historisches Ereignis, um dessen Bewertung wir nicht rumkommen. Die Sowjetunion hat viele Jahre die Archive gesperrt, warum wohl? Wir haben Stalin in Schutz genommen und völlig übersehen, welche Konsequenzen dieser Pakt für die Antifaschisten hatte. Auch ich habe viele Jahre daran geglaubt, dass Stalin gar kein anderer Weg blieb, und wusste nichts von dem Anhang.

Im israelischen 6-Tage-Krieg 1967 hat der israelische Botschafter Asher ben Nathan für sein Volk in Anspruch genommen: „Wer die ersten Schüsse abgegeben hat, ist gänzlich belanglos. Entscheidend ist, was den ersten Schüssen vorausgegangen ist.“ Die Welt (zumindest die wichtigsten Länder) hat das scheinbar akzeptiert. Für Deutschland galt das sowohl im ersten als auch im 2. Weltkrieg nicht. Dafür gab es Versailles und Potsdam. Die Sieger haben halt Recht.

Den Kampf der Roten Armee beginnst du mit einer Würdigung, um dann sofort die Frage zu stellen, ob die Opfer dies aus tiefer Verbundenheit mit dem Sozialismus oder „nur“ für ihre russische Heimat getan hätten. Diesen konstruierten Gegensatz (oder Unterschied) kannte ich bisher nur aus der medialen Betrachtung der BRD Geschichtsschreibung. Für mich schließen sich Heimat und Sozialismus nicht aus.

Auch diese meine Polemik richtet sich gegen unsere Propaganda, die die Verteidigung als Systemverteidigung interpretierte und völlig unterbelichtete, dass die Russen ihr tägliches Leben und ihre Heimat verteidigten. Ich habe großen Respekt vor der Sowjetunion im 2. Weltkrieg. Und ich akzeptiere auch nicht, dass heute bei Kriegsfeiern die Leistung der Russen so unterbelichtet werden. Sie haben die größten Opfer gebracht und wurden von den USA und England lange im Stich gelassen.

Du empörst Dich, dass das „angeblich so humanistische Land“ seine Menschen als „Menschenmaterial“ begriff, Tode und Verwundete nicht verhinderte, sondern bewusst einkalkulierte.

Welcher Krieg in der Geschichte wurde von welcher Kriegspartei „humanistisch“ und mit „optimierten Opferzahlen“ geführt?

In diese Argumentation passt auch das von dir aufgezeigte Bild, der von Wodka aufgeputschten Sowjetsoldaten.

Stalin verbot die Evakuierung der Stalingrader Bevölkerung. Shukow wetteiferte mit Konjew 1945 um den Sieg in Berlin, was zur Schlacht um die Seelower Höhen führte. Viele andere Argumente findet man in

sowjetischen Romanen und Schilderungen. Und Stalin enthauptete seine Armeeführung vor dem Krieg. Das darf man alles nicht übersehen.

Da ist es selbstverständlich nicht weit bis zu jenen, die den Fakt der Befreiung generell deshalb ablehnen, weil es im befreiten Osten zu Vergewaltigungen und Plünderungen durch Sowjetsoldaten gekommen ist (Gauland) oder die regierungsamtlich die Rote Armee als Befreier ausnehmen (Steinmeier).

Ich finde das unmöglich. An meiner ehrlich gemeinten Ehrung der sowjetischen Toten lasse ich keinen Zweifel aufkommen.

Ja, da gibt es aber auch neben Hitler noch Stalin. Zweifellos können ihm die monströsen Untaten, ja Verbrechen an der eigenen Bevölkerung, Schutz suchenden Kommunisten aus vielen Ländern und sogar den engsten Mitstreitern vor allem zugeschrieben werden. Er trug die Verantwortung, war auch nachweislich die anweisende Kraft.

Planend, ausführend und duldend waren aber auch viele andere. Opportunisten? Verängstigte? Mitläufer? Mittäter !

Ein riesiges Unglück für die Angehörigen und Nachfahren, das zu Recht deren Wut und Abscheu verdient. Aber auch ein immenses Unglück für die Sowjetunion, die dadurch viel menschliches Potential und Glaubhaftigkeit verlor. Glaubhaftigkeit auch in dem Zusammenhang, dass ihr damit ihr großer Anteil an weltgeschichtlich Geleistetem bestritten oder auch nur geschmälert wird! Ihr die Anerkennung für die Leistungen bei der Entwicklung eines der rückständigsten Länder, als Befreier vom Faschismus und als Gegenpol für ein den Weltfrieden sichernde Militärmacht vorenthält.

Unfassbar, dass dieses Land, das nach seinem Zusammenbruch als Russland neu auferstanden ist, jetzt wieder als allgemeines Feindbild für jene erhalten muss, denen es gegen Hitler zur Seite stand und mit denen man z.B. jahrelang eine friedliche gemeinsame Raumfahrtforschung organisierte. Jetzt wird es sogar von der Siegestreppe der 2. Weltkriegs-Gewinner gestoßen.

Furchtbar.

Da ist mit Deutschland auch jenes Land dabei, welches im Hitler-Krieg unbegreifliches Leid in der Sowjetunion verursachte, diesem Land letztlich auch die Möglichkeit der Einheit verdankt.

Unbegreiflich auch, weil dieses Deutschland jenen die atlantische Treue hält, die mit illegalen Kriegen nach dem 2. WK mindestens ebenso viele menschliche Opfer und Leid in anderen Ländern verursacht haben, wie es Stalin zugerechnet wird. Die Verantwortlichen dafür waren Präsidenten, denen man zum Teil mythische Verehrung entgegenbringt oder sogar mit Friedensnobelpreisen ehrt.

Sieger haben halt Recht.

Lieber Eberhard, entschuldige bitte, dass ich so ausführlich geworden bin.

Es spricht für dein Buch und meiner Haltung zu dir.

Differenzen in einzelnen Standpunkten und Sichtweisen sollten dass aus meiner Sicht nicht trüben. Gemeinsame Erinnerungen mit dir, trage ich weiter im Herzen.

Ich wünsche dir viel Glück und Erfolg in deinem weiteren Schaffen.

Mit großer Hochachtung

Thomas Steidel

Gera, 22.06.2020

Lieber Thomas,

herzlichen Dank für deine ausführliche Meinungsäußerung. Meine Antworten sollen Ergänzungen bzw. Bekräftigungen zu meinem Buch sein. Ich hoffe, wir bleiben im Kontakt.

Eberhard Aurich

Berlin, 02.07.2020